



Protokoll der 5. Sitzung des Studierendenparlamentes vom 9. Juli 2015

Protokoll: Geoffrey Youett

Ort: Hörsaal J (Edmund-Siemers-Allee 1)

Beginn: 19.05 Uhr

Ende: 0:15 Uhr

CampusGrün (13 Sitze):	Martin Riecke, Maike Paetzel, Geoffrey Youett, Laura Franzen, Melf Johannsen, Freya Schmitz, Philipp Droll, Jim Martens, Elena Rysikova, Robert Keßler, Ina Reis, Moritz Lamparter
Liste LINKS (3 Sitze):	Sinah Mielich, Gunhild Berdal, Till Petersen
MIN-Liste (4 Sitze):	Ailina Salten, Niklas Hormanns
LHG (2 Sitze):	Benjamin G. Krala, Andreas Hargens
WiWi (2 Sitze):	
Jusos (5 Sitze):	Dennis Geisweller, Anna-Lena Gross, Marlon Thorjussen
Die LISTE (3 Sitze):	Maraikje Breuer, Daniel Runge
EPB (2 Sitze):	Johanna Heeg, Alexander Engels
Jura (1 Sitz):	Johann Baumhoefener
Alternative Linke (3 Sitze):	Esther Bender, Nico Scharfe, Stephan Seld
Mediziner*innen (3 Sitze):	Jorma Apelt, Jannick Ockelmann
RCDS (3 Sitze):	Benjamin Welling, Ramon Weiling, Kevin Knackstedt
SDS* (3 Sitze):	Jacob Petersein, Franzi Hildebrandt, Oliver Vornfeld
Entschuldigt:	Robert Keßler (CampusGrün); Elias Bendl (MIN); Yvonne Motzkat (JuSo HSG); Lasse Kleinlützum (Die LISTE); Anne Fleischhauer (Mediziner*innen)
Abwesend unentschuldigt:	Martin Sievert (CampusGrün); Elvis Milojevic, Claas-Friso Hente (WiWi-Liste); Fabian Schnack (JuSo HSG); Johann Baumhoefener (Jura)

Sitzung beginnt um 18:37 Uhr

TEIL A

Top 0 Formalia (insgesamt 60 Min.)

1. Geschäftsbericht Präsidium

Rücktritte:

Ediz Könüllü tritt zurück, Niklas Hormanns rückt nach

Der Satzungs-, Wahlordnungs- und Geschäftsordnungsausschuss war auf der letzten Sitzung nicht beschlussfähig, von daher ist keine 2. und 3. Lesung der Wahlordnung möglich. Das Präsidium macht sich Gedanken um die Wahlvorbereitungen.

Anna-Lena Gross weist darauf hin, wer schon alles unentschuldigt bei zurückliegenden Sitzungen gefehlt hat und dass eine Entschuldigung bei Sitzung im Vorfeld der Sitzungen erfolgen muss.

2. Anfragen an das Präsidium

Till Petersen fragt, welche Personen bei Fragen an AStA Vorstand angesprochen werden. Das Präsidium antwortet darauf, dass Fragen an den gewählten AStA-Vorstand gerichtet werden, welcher für die interne Bearbeitung (z.B. im Rahmen des gesamten politischen AStA-Vorstandes) zuständig ist.

Auf eine Anfrage von Nico Scharfe antwortet das Präsidium, dass die Sitzungspläne für die kommende Legislatur baldmöglichst mit Rücksicht auf AS-Termine bekannt gegeben werden.

Fabian Schnack fragt unter welchen Prämissen das Präsidium Ferialsitzung als angebracht erachtet. Das Präsidium hat das Bestreben, solche Sitzungen nur im Einvernehmen mit dem Parlament einzuberufen.

3. Geschäftsbericht AStA

Vincent O.: Auf Druck der Verwaltung soll ein Freiraum in den regulären Unibetrieb überführt werden. Die Verhandlungen mit dem HVV, können so nicht weitergehen. Der HVV ist sehr vom Senat unter Druck gesetzt und begegnet Kritik an Preiserhöhungen mit der Aussage, dass er kein Sozialverein sei. Der AStA startet dahingehend eine Kampagne.

Moritz L.: Auf einem Treffen mit Eva Gümbel wurde die Finanzlage der Uni besprochen. Nach Gümbels Aussage, sei die Aussicht auf bessere Finanzierung grad schlecht, jedoch eine Kommunikation darüber wichtig. Die Diskussion um eine Experimentierklausel bei den Lehrämtern verlief sehr hitzig, da Gümbel den Reformbemühungen des AStA nicht zustimmt. Nach Ansicht des AStA hat ein daraus resultierender Einstellungsstopp für Hamburger Lehramtsabsolvent*innen keine rechtliche Grundlage. Ein Versuch, eine Experimentierklausel dann möglicherweise in anderen Studiengängen einzuführen bewertete Gümbel mit: „Wer zu schlecht ist soll auch keinen Masterplatz haben.“ Eine mögliche Zivilklausel geht Gümbel nicht weit genug, und sie erortert, was es sonst noch für Möglichkeiten gebe. Gümbel erkundigte sich nach der „Flüchtlingsarbeit“ des AStA und fragte, ob dieser noch Unterbringungsmöglichkeiten wüsste. Der AStA wies auf die Vielzahl an leerstehenden Gebäuden in Hamburg hin. Insgesamt sei in dem Gespräch klar geworden, dass noch viel Arbeit warte, da der Senat vorgibt, gleiche Ziele zu haben, aber nicht hat.

Franziska H.: Aus dem AS wird berichtet, dass die Flüchtlingsunterkünfte nicht Container in der Sedanstrasse sondern Zelte bedeuten. Es regt sich Unmut über diese unwürdige Form der Unterbringung. Des Weiteren gibt es einen Konflikt über die Grundordnung: Lang oder kurz – souverän und demokratisch oder ein verlängerter Arm der Behörde. Aus

einem Bericht der Techniker Krankenkasse geht hervor, dass Nerven- und Hautkrankheiten unter Studierenden wesentlich öfter als bei gleichaltrigen Erwerbstätigen auftreten und der Gebrauch von Antidepressiva merklich erhöht ist. Das Zitat von Katharina Fegebank: „Jammern gilt nicht“ erscheine in diesem Kontext mehr als zynisch. Im ALSt ist eine Rahmenprüfungsordnung im nächsten Semester zu beschließen. Anwesenheitspflicht nur in didaktisch begründeten Fällen und keine qualifizierten Atteste mehr sind einige der Forderungen. Außerdem stelle sich die Frage, ob die RPO nur für BaMa-Studierenden gelte.

- Maike P.: Es fand eine Führung durch die FastFashion Ausstellung (Kritische Aspekte der Modeindustrie, Recycling von Altkleidern, Alternativen in der Kleidungsherstellung) statt. Der Nachhaltigkeitsreader ist fertig, die TTIP Veranstaltung war gut und eine Konsumkritikkritik Veranstaltungsreihe ist vorbereitet und wird auf der nächsten AStA-Sitzung vorgestellt.
- Artur B.: In der Vertreterversammlung des Studiwerkes sei deutlich geworden, dass sich die Behörde Platz verschaffen will im Aufsichtsrat. Es gibt Bestrebungen die Aktion „Hamburg rundet auf“ für Flüchtlinge als Bafoegersatz zu nutzen. Der AStA hat 2 Anträge eingebracht: Die Senatorin ins Studierendenwerk einladen um über eine Erhöhung der Grundfinanzierung und kostenlos zur Verfügung zu stellende Grundstücke zu sprechen und den Antrag, die Altersgrenze in Wohnheimen zu erhöhen. Olympiaaktion: Kulturschaffende wurden eingeladen um Olympia „kritisch zu Begleiten“ (wie kann man Vorbehalte gegen Olympia reduzieren). Antwort von Christoph Twicke.: Kritisch bleiben. Zitat aus der Süddeutschen Zeitung vom 7.7.2015 „Bescheidenheit gibt es nicht“. Es bedeute gewaltige Kosten und eine sinnvolle Stadtentwicklung sei auch ohne Olympia möglich. Die Arbeit der LandesAStenKonferenz zu Olympia: In der HCU findet am 15.7.2015 ein Treffen aller FSRestatt zu dem Thema: „Was bedeutet Olympia? Die NOlympia-Kongress-Planung und der Olympia-Faktencheck sind weiter in Vorbereitung.
- Carina B.: Beim Antidiss-Referat gibt es immer mehr Anfragen wie Flüchtlinge Zugang zur Uni erhalten können. Zur Lösungssuche gibt es ein Treffen für stud. organisierte Flüchtlingssolidarischen, 20 Initiativen zu der Flüchtlingsthematik, ein Flüchtlingscafé zur Information von Flüchtlingen und eine Veranstaltungsreihe zur Thematik. Unipräsident Lenzen hat eine „Task-Force Refugee“ gebildet für flächendeckend kostenlose DaF-Kurse. Außerdem geht die OpenAirKino-Reihe mit „Das Leben ist schön“ nächste Woche zu Ende.
- Till M.: Das Referat für Öffentlichkeitsarbeit hat die AStA-Stellwände neukonzipiert für die NOlympia-Kampagne mit Inhalten wie: Kosten Vor- und nach Olympia, Militarisierung oder die Analyse der „Feuer und Flamme“-Kampagne Antworten zu den Kritikpunkten an Olympia analysieren
- Esther B.: Der Wirtschaftsrat hat einen Wirtschaftsprüfer bestellt; Der Soll-Ist-Vergleich ist online und der Initiativen-Topf ist weit ausgeschöpft, ein politischer AStA scheint zu animieren.

Fabian Schnack möchte für das RIS berichten, was vom Präsidium abgelehnt wird.

Till Petersen beantragt, dass Fabian Schnack das darf. Dazu hält Fabian eine Gegenrede. Mit Mehrheit:3:8 wird der Bericht zugelassen

- Fabian S.: Es gibt regelmäßige Betreuung für internationale Studierende. Das RIS arbeite besser als je zuvor und die Berater*innen arbeiteten alle ehrenamtlich.

4. Anfragen an den AStA

Gunhild B. fragt, was macht das RIS eigentlich tut, jetzt wo „alles am Brennen“ ist?

Moritz stellt richtig, dass es auch bezahlte Berater*innen im RIS gibt. Dem Bericht vom Gespräch mit Gumbel fügt er an, dass zur Lösung der Masterplatzproblematik nicht hilft weniger BA-Plätze anzubieten.

Auf die Frage, ob es Sinn macht es in Staatszuschuss und Eigenanteil zu gleichen Anteilen zu teilen, da der HVV ja fast zu 90% in staatlicher Hand sei antwortet Vincent, dass die Verhandlungen mit HVV und Senat mit Sicht auf die Anrufung einer höheren Stelle Sinn machen.

Auf die Frage, ob der Film „Das Leben ist schön“ nicht eine Verhalosung sei, antwortet Carina, dass der Film gerade im Kontrast zeigt Kontrast, wie grausam die Geschehnisse waren.

5. Dringlichkeitsanträge des AStA

liegen nicht vor

6. Aktuelle Stunde (falls entsprechender Antrag vorliegt)

Es liegt kein entsprechender Antrag vor

Die Überprüfung der Beschlussfähigkeit ergibt, dass mit 36 das Parlament beschlussfähig ist.

7. Feststellung der endgültigen Fassung des Teils B der Tagesordnung

Artur stellt den Antrag zur aktuellen politischen Lage zum Thema „Wirtschaftsrat“ vor.

Till P. stellt Änderungsanträge: Den TOP „Wirtschaftsrat“ vor „Wahlordnung“ zu behandeln. Der Antrag wird mit M:0:6 angenommen. „Austerität“ nach „allg. Stimmung im StuPa“ zu behandeln wird mit M:1:10 angenommen. „Satzungsänderung“ vor „Verschiedenes“ zu behandeln wird mit 14:18:3 abgelehnt.

In der Endabstimmung wird die Tagesordnung mit M:0:3 angenommen.

8. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bereits erfolgt

9. Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen

Wird nach TOP 3 behandelt, es sei denn es wird noch mehr Lesezeit benötigt.

TEIL B

TOP 1 Änderung der Geschäftsordnung V1516-030

Anna-Lena Gross stellt den Antrag vor

Die Debatte dreht sich darum, ob der Antrag nicht lieber an den Satzungs-, Wahlordnungs- und Geschäftsordnungsausschuss überwiesen sollte, da dieser eine einschneidende Änderung bedeute oder ob nicht akut Handlungsbedarf bestünde, auf Grund der Häufung von Fraktionspausen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung die Redeliste zu schließen wird mit M:4:10 angenommen

Des Weiteren wird diskutiert, ob mit dem Antrag die Oppositionsarbeit beschneide oder ob Oppositionsarbeit nicht mehr bedeute, als Fraktionspausen zu nehmen. Das Präsidium fügt an, dass die Entscheidung über das Zulassen einer Fraktionspause im Präsidium nicht konsensual erfolgen muss.

Der Antrag wird schließlich mit 18:16:4 an den Satzungs-, Wahlordnungs- und Geschäftsordnungsausschuss überwiesen.

TOP 2 Nachwahl Ausschuss gegen Rechts (10 Minuten)

Thomas Gniffke mit M:0:4 nachgewählt.

Die Wiwi-Liste verspricht einen Vorschlag auf der nächsten Sitzung vorzubringen.

TOP 3 Wirtschaftsrat (30 Minuten)

Da im Wirtschaftsrat Uneinigkeit darüber herrschte, ob der Haushalt auch unter dem Gesichtspunkt des hochschulpolitischen Mandats seine Entscheidung fällen soll, wurde die Sitzung unterbrochen. Artur erläutert, warum NOlympia nicht gegen den §102 HmbHG verstoße und dass der Wirtschaftsrat sich des Weiteren nur auf die Wirtschaftsordnung bei seiner Entscheidung beziehen sollte.

Eine Debatte entspinnt sich darum, inwiefern die NOlympia-Kampagne gegen das hochschulpolitische Mandat verstoßen könnte oder Teil der politischen Bildung durch den AStA sei und inwiefern der Wirtschaftsrat solche Überlegungen überhaupt mit einbeziehen sollte.

Fraktionspause RCDS 5 Minuten bis 21:59 Uhr

Till Petersen, Artur Brückmann und Ramon Weilingen stellen Änderungs- und ersetzungsanträge, die Anträge von Till Petersen und Artur Brückmann werden übernommen (siehe Anhang 1).

Die Anträge von Artur und Ramon werden gegeneinander abgestimmt. Der Antrag von Artur wird mit 24:9:0 angenommen.

Zu TOP 0 9. Bestätigung der Protokolle

Änderungen werden dem Präsidium mitgeteilt und die Protokolle mit M:0:4 bestätigt

TOP 4 Debatte um die Wahlordnungsänderung (60 Minuten) V1516-026 V1516-031

In der Debatte um die Wahlordnung wird zum einen die Prozhürde erörtert. Zum einen schütze diese vor einer Zersplitterung des Parlamentes, zum anderen wären bereits so viele kleine Listen im Parlament, dass dieses bereits zersplittert wäre. Außerdem gingen ein Teil der Wähler*innenstimmen durch die Hürde verloren, was aus demokratischer Sicht kritisch zu bewerten sei. Zum anderen wird der Aspekt der Briefwahl diskutiert. Die aktuell durchgeführte Briefwahl sei zum einen sehr anfällig für Fälschungen, zum anderen jedoch niedrigschwellig, so dass alle Wähler einfacher wählen könnten. Im Zuge dessen wird auch diskutiert, welche Art der Wahl (Brief oder Urne) für eine informiertere Wählerschaft sorgt und ob dies ein Kriterium sei eine Stimme zu bewerten. Unter dem Aspekt der Chancengleichheit der kandidierenden Listen werden ebenfalls Vor- und Nachteile bei Brief- und Urnenwahl diskutiert. Es wird festgestellt, dass eine genaue Aussage über Erhöhung oder Minderung der Wahlbeteiligung durch die eine oder andere Wahlart nicht getroffen werden könne. Des Weiteren wird diskutiert, ob eine Briefwahl zu beantragen sein sollte oder ohne gesonderten Antrag möglich sein sollte.

Zu Ende der Diskussion kündigt Esther Bender an, einen Satzungs-, Wahlordnungs- und Geschäftsordnungsausschuss-Termin zu verabreden, der allen Parlamentarier*innen mitgeteilt wird.

Der GO-Antrag, die Sitzung bis 0.05 Uhr zu verlängern wird mit M:8:1 angenommen

TOP 5 Der Senat hat keine Perspektive (30 Minuten) V1516-004

Der Änderungsantrag die Vorlage durch den Beschluss Katharina Fegebank in das Studierendenparlament einzuladen wird mit M:1:4 angenommen.

TOP 6 Praktisches Jahr (30 Minuten) V1516-005

Jannick Ockelmann stellt den Antrag vor.

Im Rahmen der Debatte werden die Zustände im Praktischen Jahr der angehenden Mediziner*innen dargelegt. Die größten Probleme liegen in der mangelnden Bezahlung, dem Einsatz von PJlern als Ersatz-Pflegekräfte und einem damit verbundenen Mangelnden Lernzuwachs in den eigentlich angestrebten Lehr-Bereichen. Außerdem wird der Zusammenhang mit der Privatisierung von Krankenhäusern zur Sprache gebracht.

Um das weitere Vorgehen zu dieser Thematik festzulegen, soll der Antrag im nächsten Semester noch einmal behandelt werden.

Der GO-Antrag TOP 8 vorzuziehen wird mit 7:M:4 abgelehnt.

TOP 7 Satzungsänderung (Mandatsruhe) 1. Lesung (20 Minuten) V1516-025

Ramon Weilinger stellt den Antrag vor und betont die Notwendigkeit einen Kriterienkatalog zu entwickeln.

Die Möglichkeiten (größere Anwesenheit, Rücksicht auf private Ursachen der Verhinderung) und Nachteile (Unverbindlichkeit des Mandates) einer Mandatsruhe werden diskutiert

Die Überweisung an den Satzungs-, Wahlordnungs- und Geschäftsordnungsausschuss und damit in die 2. Und 3. Lesung wird mit 7:12:2 abgelehnt, der Ausschuss wird jedoch mit 12:8:1 beauftragt, sich mit der Thematik zu beschäftigen.

Die Sitzung endet um 0:15 Uhr

Es verbleiben die Tagesordnungspunkte:

TOP 8 Allgemeine Stimmung im Stupa (30 Minuten) V1516-013

TOP 9 Austerität stoppen (30 Minuten) V1516-028

TOP 9 Dies Academicus (20 Minuten) V1516-018

TOP 10 Sitzungsraum (15 Minuten) V1516-027

TOP 11 Verschiedenes (30 Minuten)

Antrag an das Studierendenparlament

Antragsteller:

Artur Brückmann



Das Studierendenparlament möge befassen, beraten und beschließen:

Der Wirtschaftsrat der Verfassten Studierendenschaft obliegt die Aufgabe den Haushalt der VS zu genehmigen. Dafür hat er Ausschließlich zu prüfen, ob der Haushalt sich an den in der Wirtschaftsordnung gefassten Maßstäben orientiert oder gegen diese Verstößt. Da keine Bedenken dahingehen geäußert wurden fordert das Studierendenparlament fordert den Wirtschaftsrat auf, den Haushalt wie verabschiedet zu genehmigen.

Begründung:

Der Haushalt ist die finanzielle Grundlage der Erfüllung der Aufgaben der Verfassten Studierendenschaft.

Dem Wirtschaftsrat obliegt dabei nur die Funktion zu Prüfen ob der Haushalt gegen die Wirtschaftsordnung verstößt. Da es diesbezüglich keine Bedenken gab ist der Haushalt so zu genehmigen.

Der (N)Olympia-Kongress bspw. dient der Aufklärung über und der Diskussion von Folgen einer möglichen Austragung der olympischen Spiele in Hamburg.

§ 102 (2) Satz 2 Nummer 3 des HmbHG: „zu allen Fragen Stellung zu nehmen, die sich mit der Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse auf und der Abschätzung ihrer Folgen für Gesellschaft und Natur beschäftigen“

Olympia in Hamburg hat finanzielle Auswirkungen auf die Stadt und damit den Haushalt der Stadt. Gerade in Zeiten der Schuldenbremse haben Ausgaben der FHH damit direkten Einfluss auf alle öffentlichen Bereiche. Gerade solange die Universität unterfinanziert ist muss sich der AStA mit den Ausgaben der FHH beschäftigen und zum Wohle der Menschen und der Bildung eingreifen.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Sitzung des Wirtschaftsrats war am heutigen Morgen, aus der sich die Notwendigkeit dieses Antrags ergeben hat, und daraus folgend die Dringlichkeit.

Änderungsantrag zum Wirtschaftsrats-Antrag von Artur Brückmann

Ergänze im Beschlußtext:

Das Parlament weist insbesondere die Behauptungen der CDU-Hochschulgruppe „Ring Christlich Demokratischer Studenten“ zurück, mit denen dem Haushalt die „materielle Rechtmäßigkeit“ abgesprochen wird, u.a. wegen des Haushaltstitels „NOlympia“.

Offenkundig ist der RCDS bemüht unter freier und instrumenteller Interpretation von Recht jede aufgeklärte Antwort auf die aktuelle Pro-Olympia-Propaganda zu verhindern. Es obliegt nicht dem Wirtschaftsrat, diesen politischen Streit in der VS zu präjudizieren.

Die geplante Durchführung einer Tagung mit dem groben Arbeitstitel „NOlympia“, ähnlicher Veranstaltungen und die Erstellung entsprechenden Infomaterials entspricht in vielfacher Weise den gesetzlichen Aufgaben der VS, wie sie im HmbHG in §102 gefaßt sind.

- „1.) die politische Bildung und das staatsbürgerliche Verantwortungsbewusstsein der Studierenden sowie ihre Bereitschaft zum Einsatz für die Grund- und Menschenrechte sowie zur Toleranz auf der Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung zu fördern,“

Eine politische Tagung ist dem Grundcharakter nach eine Maßnahme zur politischen Bildung. Wie das StuPa in seinem Beschluss zu Olympia zudem deutlich gemacht hat, ist die Durchführung von Olympischen Spielen für Veranstaltungsland bzw. –stadt verbunden mit erheblichen Verletzungen von Grund- und Menschenrechten. Die Tagung und Infomaterial sollen dazu beitragen, sich darauf als verantwortungsvolle Staatsbürger beziehen zu können.

- „2.) zu allen Fragen Stellung zu nehmen, die sich mit der Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse auf und der Abschätzung ihrer Folgen für Gesellschaft und Natur beschäftigen,“

In der derzeitigen Form der Olympischen Spiele einschließlich der Paralympics nach dem Prinzip „höher, schneller, weiter“ spielen wissenschaftliche „Erkenntnisse“ eine große Rolle, ob Medizin, Materialforschung, Mensch-Technik-Interaktion, etc. Inwieweit hier die Wissenschaft zu humanem Fortschritt beiträgt oder gesellschaftliche Probleme verdoppelt, dazu wird im Infomaterial Stellung genommen und in der Tagung diskutiert. Auch die Folgen für die Natur sollen selbstverständlich Thema sein.

- „3.) die wirtschaftlichen und sozialen Belange der Studierenden wahrzunehmen; hierzu können auch Maßnahmen gehören, die den Studierenden die preisgünstige Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel ermöglichen,“

Nach den Erfahrungen in allen Austragungsstädten sind Olympische Spiele stets verbunden mit Gentrifizierung, Preissteigerung, und Verdrängung im öffentlichen Raum. Davon sind Studierende unmittelbar betroffen, insbesondere vor dem Hintergrund der bereits jetzt besonders prekären Wohnungssituation in Hamburg. Hier hat die VS die Aufgabe entgegen zu wirken.

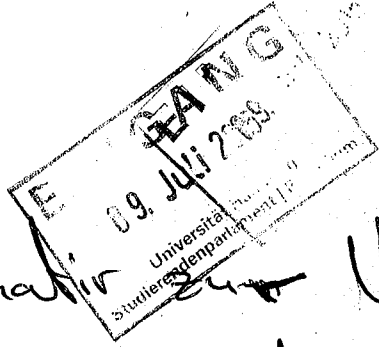
- „4.) die geistigen und kulturellen Interessen der Studierenden zu unterstützen,“

In Bezug auf Bewegungskultur gibt es auch ein studentisches Interesse an einem Vorzug von Breitensport gegenüber elitärem Leistungssport. Die Durchführung eines NOlympia-Breitensport-ASTA-Fußballturniers trägt unterstützend dazu bei.

- „5.) die Beziehungen zu deutschen und ausländischen Studierenden zu pflegen,“

Die Tagung ist international angelegt und soll insbesondere in Kooperation mit Studierenden und aktiven aus anderen Bewerberstädten stattfinden.

Änderungsantrag
zum Antrag zu TOP 3:
"Wirtschaftsrat"



~~Beschlüsse~~ Beschlüsse alternativ zur Vorlage
sowie dem vorliegenden Änderungsantrag:

1) Der Wirtschaftsrat der Studierendenschaft ob-
liegt die Aufgabe den Haushaltsplan ~~zu~~
~~abzusehen~~ zu genehmigen, sowie zu
prüfen, ob sich der Haushaltsplan der
Studierendenschaft und dessen Vollzug an
die rechtlichen Grenzen hält.

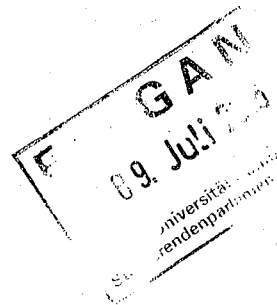
2) Den Mitgliedern des Wirtschaftsrats sowie
den Mitgliedern des StuPa wird durch
das StuPa - Präsidium ein Auszug aus dem
Praxiskommentar des KorbTG mit den
§§ 102 ff. zugestellt.

Seite 2

zu Änderungsantrag zum Antrag zu
POF 3: "Wirtschaftsrat"

3) Der KulturCampus Hamburg e.V.
wird aufgefordert, einen Kulturkurs
"Methoden der Rechtswissenschaft" exklusiv
für Mitglieder des StPa im Winter-
semester 2015/2016 anzubieten."

Antragsteller: ~~Ramon Wehinger (RCS)~~



Hiermit erklären wir, dass wir uns in Ausübung unseres freien Mandates, und nach bestem Wissen und Gewissen, nicht an den Beschluss des Studierendenparlaments bzgl. der Aufgabe des Wirtschaftsrates, gestellt durch den Parlamentarier Artur Brückmann, gebunden fühlen.

Gez.: Kevin Krackstedt (RCDS)
Fabian Schuck (Juso-HSG)


09.07.2015


Personliche Erklärung

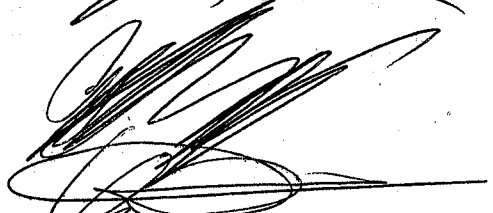
Anhang 2 Persönliche Erklärungen


EINGANG
09. Juli 2015
Universität Hamburg
Studierendenparlament | Präsidium

Der Beschluss des Studierendenparlamentes vom 09.07.2015 zu den Aufgaben des Wirtschaftsrats ist anmaßend und verkennt die Gesetzeslage sowie die richterliche Rechtsprechung. Wir machen deutlich: ~~Dieser~~ ^{Dieser} StuPa-Beschluss ist ungeeignet um Unrechtens rechtens zu machen.

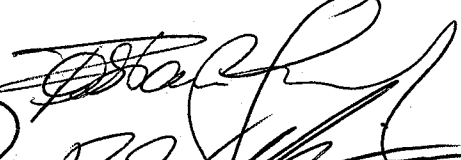
gez: Ramon Weiling (RCDS) 

Benjamin Kral (LHG) 

Dennis Geisweller (SPD) 

Kevin Knackstedt (RCDS) 

Fabian Schnack (Schnack'-Liste)

Benjamin Welling (RCDS) 

Anna-Lena Gross (JUSOS) 